



Taxi- und Mietwagenverband Deutschland



Innung des Berliner Taxigewerbes e.V. | Ebersstraße 60 | 10827 Berlin

**Der Regierende Bürgermeister von Berlin**  
**- Senatskanzlei –**  
**z.Hd. des Regierenden Bürgermeisters**  
**Kai Wegner MdA**  
- per Mail -

Berlin, den 20.02.2024

### **Offener Brief**

Sehr geehrter Regierender Bürgermeister,  
lieber Herr Wegner,

die Veröffentlichungen von rbb24 zum unseriösen Geschäftsgebaren von Uber&Co machen das auf dramatische Art und Weise öffentlich, was wir als Taxi- und Mietwagenverbände seit Jahren der Politik und der Verwaltung ins Stammbuch schreiben. Bislang haben wir leider wenig Gehör gefunden, jetzt spricht sogar der zuständige Referatsleiter im Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten Günter Schwarz von „organisierter Kriminalität“.

Wenn es stimmt, dass allein in Berlin 1000-2000 Autos - und das heißt mindestens 20 Prozent der Fahrzeuge - ohne Konzession über Plattformen wie Uber&Co zu buchen sind, dann ist dies ein politischer Skandal erster Klasse.

Hier muss der Senat sofort aktiv werden, um dem offensichtlich kriminellen Treiben von Uber&Co einen Riegel vorzuschieben. Die Sicherheit und das Wohl der Fahrgäste sind oberstes Gebot und nicht verhandelbar.

Wir erwarten als die Vertreter des mittelständischen Taxi- und Mietwagengewerbes, dass jetzt mit aller Härte die Machenschaften aufgedeckt und geahndet werden und ein Aktionspaket gegen Uber&Co aufgelegt wird.

Hier sind die ebenso klaren wie konsequenten Forderungen des Taxi- und Mietwagengewerbes:

Erstens:

Setzen sie endlich den Zoll verstärkt dafür ein, um die Kontrollen in Sachen Sozialdumping, Schwarzarbeit und illegaler Fahrten deutlich zu erhöhen.

Zweitens:

Es kann doch nicht sein, dass seit August letzten Jahres einzig und allein nur neu zugelassene Unternehmen schärferen Kontrollen unterliegen. Selbstverständlich und sofort muss dies für alle Unternehmen gelten - und dann konsequent auch bis zum unmittelbaren Entzug der Konzession führen.

Drittens:

Das Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten muss personell viel besser ausgestattet werden, um illegalen Machenschaften auf die Spur zu kommen.

Viertens:

Sollten Versäumnisse der Aufsichtsbehörde vorliegen, muss dies personelle Konsequenzen haben.

Fünftens:

Holen Sie die Gewerkschaften mit an Bord, denn es geht auch um die unzumutbaren Arbeitsbedingungen für viele Fahrer. Gerade bei einer Plattform mit verschachtelten Unternehmen und Subunternehmen besteht die große Gefahr, dass Fahrer ausgebeutet werden und weit unter Mindestlohn fahren müssen.

Sechstens:

Stellen Sie eine kompetente Task-Force gegen Uber&Co auf. Wir als die Verbände für die mittelständischen Taxi- und Mietwagenbetriebe arbeiten mit unserer Expertise und unserer jahrelangen Erfahrung gerne mit.

Es muss eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sein, die anständigen und redlichen Unternehmen und die Fahrgäste vor solchen Machenschaften zu bewahren. Die aktuelle Situation hat schon lange nichts mehr mit einem fairen Wettbewerb zu tun. Es muss daher die Verpflichtung der Politik sein, die Ehrbaren Kaufleute vor den skrupellosen Raubtierkapitalisten zu schützen.

Umso schwerer wiegt, dass Berlin gerade immer mehr zur gekauften Uber-City verkommt. Angesichts der jetzt aufgedeckten Machenschaften haben wir kein Verständnis dafür, wie weit die Tore in Berlin für Uber geöffnet werden.

Die Mercedes-Benz-Arena wird in „UBER-Arena“, die Verti-Music-Hall in „UBER-Eats-Music-Hall“ und der Mercedes Platz in „UBER-Platz“ umbenannt, und bei der Berlinale, dem Bundespresseball und der Fashion Week ist Uber Hauptsponsor.

Sehr geehrter Herr Wegner,

wir sehen die dringende Notwendigkeit, dass die Politik sich hier unmittelbar aktiv einschaltet und klärt, wie es zu diesen katastrophalen Entscheidungen in Berlin kommen konnte, die dem Ansehen der Stadt nachhaltig schaden.

Wir erwarten, dass der Senat auf die Veranstalter von Berlinale, Bundespresseball und Fashionweek zugeht und sie dazu bewegt die Kooperation mit UBER zu beenden. Darüber hinaus muss es klare Kriterien für Sponsoren geben, wenn öffentliche Gelder fließen.

In uns haben Sie verlässliche Partner, die Ihnen gerne mit Rat und Tat zur Seite stehen und auch eine persönliche Begegnung für wichtig halten.

Mit herzlichen Grüßen  
verbleiben wir  
Ihre



Patrick Meinhardt MdB a.D.  
TMV-Bundesgeschäftsführer



Leszek Nadolski  
Vorsitzender der Taxiinnung Berlin